

# Sachwalterrecht im Fürstentum Liechtenstein

Insbesondere ein Beitrag zur-Einrichtung des  
Sachwaltervereins, der Vorsorgevollmacht und  
der Doppelsachwalterschaft gemäss § 279 Abs. 2  
Satz 3 flABGB n.F.

Dr. iur. Sabine Resch

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>I. Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>II. Die Rezeption von österreichischem und schweizerischem Recht im Fürstentum Liechtenstein</b>	<b>5</b>
<b>1. Die Rezeption des österreichischen ABGB in die Liechtensteiner Rechtsordnung</b>	<b>5</b>
<b>2. Die Entwicklung des Beistandsrechts in Liechtenstein</b>	<b>9</b>
2.1 Die Reform des Vormundschaftsrechts 1988	10
2.2 Das Reformprojekt „200 Jahre ABGB“	11
<b>III. Eine Analyse des bisher geltenden Beistands- und Beiratsrechts und Aufzeigen des Reformbedarfs</b>	<b>13</b>
<b>1. Der Begriff des Beistandes und des Beirates</b>	<b>13</b>
<b>2. Die Fälle der Beistandschaft (Beiratschaft)</b>	<b>14</b>
<b>3. Die Terminologie</b>	<b>17</b>
<b>4. Die beschränkte Entmündigung nach § 273 fABGB a.F.</b>	<b>18</b>
<b>5. Die Bestellungs voraussetzung „Zur Abwendung von Gefahren für die Sicherheit anderer“</b>	<b>19</b>
<b>6. Die Notwendigkeit der systematischen Trennung von Beistands- und Vormundschaftsrecht</b>	<b>19</b>
<b>7. Die „Quasi-Amtsvormundschaft“</b>	<b>20</b>
7.1 Das Amt für Soziale Dienste (ASD)	20
7.2 Das Problem der „Quasi-Amtsvormundschaft“ in Liechtenstein	21
7.2.1 Kein Hauptaufgabenbereich des ASD	21

7.2.2	Das Einhalten des Prinzips der Gewaltentrennung	22
7.2.3	Die Gefahr von Interessenskonflikten	- 23
7.2.4	Die Wahrnehmung einer Beistandschaft durch Mitarbeiter des ASD als Tätigkeit i.S.d. flAHG?	23
7.2.4.1	Die Frage der Parteistellung des ASD im Verfahren	25
7.2.4.2	Die Frage der Haftung der Mitarbeiter des ASD bei Wahrnehmung einer Beistandschaft	25
<b>8.</b>	<b>Fazit</b>	<b>27</b>
<b>IV.</b>	<b>Die Schwerpunkte des neuen Rechts der Sachwalterschaft in Liechtenstein</b>	<b>29</b>
<b>1.</b>	<b>Die Terminologie</b>	<b>31</b>
<b>2.</b>	<b>Die neuen Voraussetzungen zur Bestellung eines Sachwalters (§ 269 flABGB n.F.)</b>	<b>32</b>
2.1	Geistige Behinderung und psychische Krankheit	33
2.2	Das Erfordernis der Gefahr eines Nachteils für die behinderte Person selbst sowie das Nichtvorliegen anderer Alternativen	35
2.3	Das flexible System der Sachwalterschaft	36
2.4	Exkurs: Die Geschäftsfähigkeit der behinderten Person	37
2.4.1	Die Rechtsfolge des Verstosses gegen § 280 Abs. 1 flABGB n.F.	38
2.4.2	Das „bloss vorteilhafte“ Geschäft	41
<b>3.</b>	<b>Die systematische Trennung von Vormundschafts- und Sachwalterrecht</b>	<b>42</b>
<b>4.</b>	<b>Die Lösung der Problematik der „Quasi-Amtsvormundschaft“</b>	<b>42</b>
4.1	Die Auswahl des Sachwalters durch das Gericht	43
4.2	Der Sachwalterverein in Österreich	45
4.3	Die Schaffung der organisatorischen Grundlagen zur Gründung eines Sachwaltervereins in Liechtenstein	47
v 4.4	Die zentralen Aufgaben des Sachwaltervereins	49
4.4.1	Die Wahrnehmung von Sachwalterschaften	49,

6.1 Die Sachwalterverfügung	72
6.1.1 Die „Sachwalteranleitung“	73
6.1.2 Die Wirkung der Sachwalterverfügung	74
6.1.3 Der Schutz vor Missbrauch und Unterdrückung einer Sachwalterverfügung	76
6.2 Die Vorsorgevollmacht	77
6.2.1 Allgemeines zur Vorsorgevollmacht	77
6.2.2 Die Definition des Vorsorgefalls	82
6.2.2.1 Die Möglichkeit, andere Vorsorgefälle zu definieren	82
6.2.2.2 Mögliche Hürden bei der Bestimmung von „anderen Vorsorgefällen“	84
6.2.3 Die Gefahren des Missbrauchs der Vorsorgevollmacht durch den Vorsorgebevollmächtigten	85
6.2.3.1 Das Erkennen des Wirksamwerdens der Vorsorgevollmacht und die Beurteilung des Vorsorgefalls	85
6.2.3.2 Die Vertretung ohne (ausreichende) Vollmacht	87
6.2.3.3 Die Rechtsfolgen des Vollmachtsmissbrauchs	89
6.2.4 Der Vertrauensschutz des Dritten	90
6.2.4.1 Die Begründung eines Rechtsscheins bei Vorlage der Bestätigungsurkunde über die Registrierung des Wirksamwerdens der Vorsorgevollmacht	91
6.2.4.1.1 Die Rechtsscheinbegründung durch Vorlage der Bestätigungsurkunde trotz fehlenden Eintritts des Vorsorgefalls	92
6.2.4.1.2 Die Rechtsscheinbegründung durch die Vorlage der Vollmachtsurkunde allein	95
6.2.4.1.3 Die Rechtsscheinbegründung durch Weiterverwenden der Bestätigungsurkunde trotz Erlöschens der Vorsorgevollmacht	96

6.2.4.2	Die Möglichkeiten der Sicherstellung des Nichtverwendens der Urkunde nach Erlöschen der Vertretungsmacht	98
6.2.5	Die Wahrnehmung der Vorsorgevollmacht durch den Vorsorgebevollmächtigten	99
6.2.5.1	Pflicht des Vorsorgebevollmächtigten zum Tätigwerden?	99
6.2.5.2	Die Art der Wahrnehmung der Angelegenheiten durch den Vorsorgebevollmächtigten	100
6.2.5.3	Die Möglichkeiten der Ausgestaltung der Vertretung im Wege der Vorsorgevollmacht	103
• 6.2.6	Der Wegfall des „Vorsorgecharakters“ in der Vorsorgevollmacht	103
6.2.6.1	Der Widerruf der Vorsorgevollmacht durch den Vollmachtgeber vor Eintritt des Vorsorgefalls	104
6.2.6.2	Der Widerruf der Vorsorgevollmacht nach Eintritt des Vorsorgefalls	104
6.2.6.2.1	Die Anforderungen an einen „Widerruf“ der behinderten Person gem. § 284c fABGB (§ 284g öABGB) nach dem Eintritt des Vorsorgefalls	105
6.2.6.2.2	Die Rechtsfolgen eines „Widerrufs“ der Vorsorgevollmacht nach Eintritt des Vorsorgefalls	106
6.2.6.3	Die Registrierung des Widerrufs im Zentralen Vertretungsverzeichnis	108
6.2.6.4	Die weiteren Möglichkeiten des Wegfalls des „Vorsorgecharakters“ nach § 284c fABGB (§ 284g ÖABGB) und deren Rechtsfolgen	109
6.3	Fazit	109
<b>7.</b>	<b>Die Einrichtung des Zentralen Vertretungsverzeichnisses</b>	<b>111</b>
7.1	Allgemeine Registrierungs Voraussetzungen	112
7.2	Die Registrierung des Wirksamwerdens der Vorsorgevollmacht	113

7.3 Das Ausstellen der Bestätigungsurkunde über das Wirksamwerden der Vorsorgevollmacht	114
7.4 Die Registrierung des Widerrufs einer Vorsorgevollmacht	115
7.5 Die Möglichkeit der Einsichtnahme in das ZW?	116
<b>8. Exkurs: Die Angehörigenvertretung</b>	<b>117</b>
<b>V. Sonderfragen des liechtensteinischen Sachwalterrechts</b>	<b>119</b>
<b>1. Der Anspruch des Vormundes und des Sachwalters auf Entschädigung, Entgelt und Aufwändersatz (§§ 266, 267, § 273 fIABGB n.F. [§§ 266, 267, § 273 ÖABGB])</b>	<b>119</b>
1.1 Der Anspruch auf Entschädigung des Sachwalters gem. § 273 Abs. 1 Satz 1 fIABGB n.F. (§ 276 Abs. 1 Satz 1 öABGB)	120
1.2 Der Anspruch des Sachwalters auf „Zusatzentschädigung“ gem. § 273 Abs. 1 Satz 3 fIABGB n.F.	121
1.2.1 Die Zusatzentschädigung nach § 266 Abs. 2 Satz 3 öABGB und § 276 Abs. 2 Satz 3 öABGB	121
1.2.2 Die Lösung für Liechtenstein	126
1.3 Der Anspruch des Sachwalters auf Aufwändersatz gem. § 273 Abs. 3 fIABGB n.F. (§ 276 Abs. 3 ÖABGB),	126
1.4 Der Anspruch des Sachwalters auf Entgelt für besondere Fachleistungen gem. § 273 Abs. 2 fIABGB n.F. (§ 276 Abs. 2 ÖABGB)	127
1.5 Fazit	<b>128</b>
<b>2. Die „Doppelsachwalterschaft“ gem. § 279 Abs. 2 Satz 3 fIABGB n.F.</b>	<b>128</b>
2.1 Die Ansicht zur „Doppelsachwalterschaft“ in Österreich	129
2.2 Die Entscheidung des Fürstlichen Obergerichts vom 10.3.2005	130
2.2.1 Die rechtliche Beurteilung des Fürstlichen OG	132
2.2.1.1 Die primäre Berücksichtigung des Wohls des behinderten Kindes	132

2.5.2.6	Die Möglichkeit der .Gesamtvertretung oder geteilten Vertretung gem. § 210 flABGB analog und die Einzelvertretungsbefugnis gem. § 154 Abs. 1 flABGB analog	152
2.5.2.6.1	Die gemeinsame Doppelsachwalterschaft gem. § 210 flABGB analog	152
2.5.2.6.1.1	Die Entlohnung beider Elternteile bei gemeinsamer Doppelsachwalterschaft gem. § 210 flABGB analog	154
2.5.2.6.1.2	Der Aufwand des Gerichts bei gemeinsamer Doppelsachwalterschaft	155
2.5.2.6.2	Die geteilte Doppelsachwalterschaft gem. § 210 flABGB analog	156
2.5.2.6.2.1	Die Entlohnung der Elternteile bei geteilter Doppelsachwalterschaft gem. § 210 flABGB analog	158
2.5.2.6.2.2	Der Aufwand des Gerichts bei geteilter Doppelsachwalterschaft gem. §210 flABGB analog	159
2.5.2.6.3	Die Einzelvertretungsbefugnis im Fall der Doppelsachwalterschaft gem. § 154 Abs. 1 flABGB analog	159
2.5.2.6.3.1	Die Entlohnung der Doppelsachwalter bei analoger Anwendung von § 154 Abs. 1 flABGB analog	161
2.5.2.6.3.2	Der Aufwand des Gerichts bei analoger Anwendung von § 154 flABGB	161
2.5.3	Die Genehmigungserfordernisse in den Angelegenheiten des § 272 Abs. 2 und Abs. 3 sowie der §§ 283, 284 und 284a Abs. 2 flABGB n.F.	161
2.5.3.1	Die Genehmigungserfordernisse in den Angelegenheiten des § 272 Abs. 2 flABGB n.F.	162

2.5.3.4.3 Die Genehmigungserfordernisse bei analoger Anwendung der Vertretungsbefugnisse des § 154 Abs. 1 fLABGB	168
2.5.3.5 Ableiten einer „Faustregel“	168
2.5.4 Die Möglichkeit der Ausweitung der Doppelsachwalterschaft auf andere Sachverhalte	169
2.5.5 Die Abberufung eines Mitsachwalters	170
2.6 Fazit	171
<b>3. Die Sachwalterschaft mit Auslandsberührung</b>	<b>174</b>
3.1 Die Entstehung des fllPRG	174
3.2 Die Bestimmung des Art. 16 fllPRG a.F.	174
3.3 Die Bestimmung des Art. 16 fllPRG n.F.	176
3.4 Fazit	178
<b>VI. Abschliessende Stellungnahme</b>	<b>179</b>
Danksagung	187
Index	189